

REDAKTION:

Hon.-Prof. DDr. Robert Dittrich  
HRdOGH Dr. Karl-Heinz Danzl  
Dr. Georg Kathrein  
GA Dr. Wilfried Seidl

STÄNDIGE MITARBEITER:

Dr. Othmar Thann  
Univ.-Prof. Dr. Hans R. Klecatsky  
Univ.-Prof. Dr. Hermann Knoflacher  
Dr. Walter Melnizky  
Dr. Josef Pichler  
Univ.-Prof. Dr.h.c.mult. Dr. Fritz Schwind

INHALT

■ Beiträge

*Peter Reindl/Johannes Stabentheiner*  
Fun-Parks für Snowboarder

■ ZVR-Spruchbeilage Nr. 116–129 (Auszug)

**§ 43 Abs 1 lit b, § 52 lit a Z 9c und § 94 f StVO** –  
Erlassung einer straßenpolizeilichen Verordnung,  
Anhörung der Interessenvertretungen

**§ 43 Abs 1 lit b, §§ 76 a, 94 b und 94 d StVO;  
§ 101 OÖ GemeindeO; Art 119 a Abs 6 und  
Art 139 B-VG** – Fußgängerzone, verkehrsarme  
Zone, Zuständigkeit zur Erlassung

■ Kuratorium für Verkehrssicherheit

*Armin Kaltenegger/Thomas Koller*  
Die Entwicklung der Gurtenanlegepflicht



## Beilage für Verkehrssicherheit

Mag. Armin Kaltenegger und RA Mag. Thomas Koller, Wien<sup>1)</sup>

# Die Entwicklung der Gurtenanlegepflicht

## Chronologische Übersicht

Die Gurtenanlegepflicht ist – zumindest als Rechtsnorm – fixer Bestandteil des österr Verkehrsrechts. Es liegt auf der Hand, daß ein so sensibles Rechtsinstitut nicht bloß durch ein einziges Gebot in der Rechtsordnung verankert werden kann. Vielmehr ist ein komplexes System an Normen nötig, um eine effektive Umsetzung dieser der Verkehrssicherheit dienenden Forderung sicherzustellen.

Insgesamt ist zwischen folgenden Typen von Bestimmungen zu unterscheiden:

- Bestimmungen, die die verpflichtende Ausrüstung von bestimmten Fahrzeugen mit Sicherheitsgurten vorsehen (Ausrüstungsbestimmungen).
- Bestimmungen, die die Anlegepflicht begründen und einerseits den betroffenen Personenkreis, andererseits die Fahrzeuge die im Anwendungsbereich dieser Pflicht liegen, möglichst exakt definieren (Verwendungsbestimmungen).
- Bestimmungen, die mit Blick auf die Bedürfnisse der Verkehrssicherheit einerseits und auf wirtschaftliche Überlegungen sowie technische Machbarkeit andererseits regulieren, wie die Verwendungs- und Ausrüstungsbestimmungen schrittweise in Kraft gesetzt werden (Übergangsbestimmungen).
- Bestimmungen, die – zumeist auf Verordnungsebene – die teilweise bauartspezifischen technischen Details der Beschaffenheit, der Anbringung und des Einbaus von Sicherheitsgurten sowie sonstige technische Parameter regeln (technische Bestimmungen).

Bereits 1968 in der Stammfassung des KFG waren **Ausrüstungspflichten** für PKW und KKW enthalten, damals jedoch noch mit 2 bedeutenden Einschränkungen: erstens galt die Ausrüstungspflicht nur für Sitzplätze der vordersten Sitzreihe und zweitens nur für Sitzplätze, die an den Fahrzeugaußenwänden gelegen waren. 1974 (2. KFGNov) entfiel dann die erste Einschränkung (nur vorderste Sitzreihe) und der Katalog der auszurüstenden Fahrzeuge wurde um LKW mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 3,5 t bereichert. 1984 (7. KFGNov) wurde schließlich die zweite Einschränkung (nur Sitzplätze an den Fahrzeugaußenwänden) gestrichen und die Ausrüstungsverpflichtung auf alle Sitzplätze der genannten Kfz ausgedehnt. 1994 (17. KFGNov) wurden auch

noch Spezialkraftwagen, 1997 (19. KFGNov) Omnibusse der Klasse M3 sowie M2 mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und 1999 (ebenfalls 19. KFGNov) Omnibusse der Klasse M2 mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 t in die Liste der mit Sicherheitsgurten auszurüstenden Kfz aufgenommen.

Erst 1976 (3. KFGNov) trat auch die **Verwendungspflicht**<sup>2)</sup> für alle nach kraftfahrrechtlichen Bestimmungen eingebauten Sicherheitsgurte in Kraft, diese wurde 1990 (13. KFGNov) auf alle – auch freiwillig eingebauten – Sicherheitsgurte ausgedehnt. Von 1976 (3. KFGNov) bis 1984 (Gurt-Helm-Novelle) wurde die Nichteinhaltung nur zivilrechtlich durch Minderung des Schmerzensgeldanspruchs aufgrund Mitverschuldens sanktioniert, seit dem Inkrafttreten der Gurt-Helm-Novelle wird das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes auch mit Geldstrafe zwischen öS 100.– und 300.– bedroht.

Die **technischen Bestimmungen** finden sich in der KDV, insb in § 1 c. Zu diesen detailreichen Bestimmungen sei beispielhaft nur die verpflichtende Ausrüstung mit Dreipunktgurten bei Fahrzeugen mit geeigneter oberer Verankerung ab 27. 8. 1975 (7. KDVNov) erwähnt. Im wesentlichen verweist die KDV idGF jedoch auf diverse Richtlinien des Gemeinschaftsrechts.

Weitere in diesem Zusammenhang zu nennende Bestimmungen außerhalb des KFG und der KDV finden sich an folgenden Stellen:

- BG über den erweiterten Schutz der Verkehrssopfer (BGBl 1977/322 idF BGBl I 1997/6): § 1 Abs 3; § 2 a Abs 1 Z 2 und 3.
- Bauarbeiterschutzverordnung (BGBl 1994/340 idF BGBl II 1998/368): § 143 f

Nachfolgend werden die im KFG enthaltenen Bestimmungen betreffend Verwendungs- und Ausrüstungspflicht von und mit Sicherheitsgurten jeweils nach Kraftfahrzeugklasse chronologisch geordnet dargestellt.<sup>3)</sup>

<sup>2)</sup> Gilt nur bei fahrendem Kfz, nicht aber bei stehendem (*Grundtner*, KFG<sup>5</sup> [1998], Anm 1 zu Art III 3. KFGNov).

<sup>3)</sup> In den Tabellen steht SG für Sicherheitsgurt, -e, -en. Die in der Spalte „genaue Fundstelle“ zitierten Paragraphen stammen aus dem KFG, die zitierten Artikel aus der jeweiligen KFGNov.

<sup>1)</sup> Mag. Armin Kaltenegger ist Leiter der Rechtsabteilung des KfV, Mag. Thomas Koller ist Rechtsanwalt in Wien.

<b>Personen- und Kombinationskraftwagen<sup>4)</sup></b>			
Datum des Inkrafttretens	BG vom Datum BGBl Nr (Kurztitel)	genaue Fundstelle	Inhalt
1. 1. 1968	BG vom 23. 6. 1967 BGBl 1967/267 (KFG 1967)	§§ 4 Abs 5, 132 Abs 2 lit a, 135 Abs 1	Ausrüstungsverpflichtung mit SG oder mit Vorrichtungen zum Anbringen von SG für jeden an eine Außenwand des Fahrzeuges angrenzenden Sitzplatz der vordersten Reihe; diverse Ausnahmen. <sup>5)</sup>
1. 7. 1974	BG vom 3. 5. 1974 BGBl 1974/286 (2. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 2, Art II, Art III)	Bis 3.5 t Ausrüstungsverpflichtung mit SG für jeden an eine äußere seitliche Längswand des Fahrzeuges angrenzenden unmittelbar hinter der Windschutzscheibe gelegenen Sitzplatz; gilt nicht, wenn Typen- oder Einzelgenehmigung vor dem 1. 1. 1968. Wenn Typen- oder Einzelgenehmigung zwischen dem 1. 1. 1968 und dem 31. 3. 1975, gilt § 4 Abs 5 erst ab dem 1. 4. 1975. Bei Typen- oder Einzelgenehmigung ab dem 1. 4. 1975 gilt diese Bestimmung sofort.
15. 7. 1976	BG vom 7. 7. 1976 BGBl 1976/352 (3. KFGNov)	Art III, Art IV	Verwendungspflicht für Lenker und beförderte Personen, die einen nach kraftfahrrechtlicher Anordnung mit SG ausgerüsteten Sitz benutzen; diverse Ausnahmen; <sup>6)</sup> Sanktionen nur zivilrechtlicher Natur.
1. 1. 1984	BG vom 30. 11. 1982 BGBl 1982/631 (7. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 3 und Z 4, Art II Abs 7, Art III Abs 4)	Ausrüstungsverpflichtung für jeden Sitzplatz, wenn Typen- oder Einzelgenehmigung nach dem 31. 12. 1982; Erweiterung der Ausnahmen. <sup>5)</sup>
1. 7. 1984	BG vom 13. 6. 1984 BGBl 1984/253 (BG, mit dem die 3. und 4. KFGNov geändert werden)	Art III Abs 2 ff der 3. KFGNov (Art I, Art IV)	Verwendungspflicht für Benutzer von Sitzplätzen in Kfz mit ausländischem Kennzeichen. Ab nun auch verwaltungsstrafrechtliche Sanktionen.
16. 7. 1988	BG vom 23. 6. 1988 BGBl 1988/375 (12. KFGNov)	Art II Abs 7 der 7. KFGNov (Art III Z 2, Art V)	Erstzulassung ab dem 1. 1. 1989 nur mehr bei Ausrüstung jedes Sitzplatzes mit SG.
28. 7. 1990	BG vom 4. 7. 1990 BGBl 1990/458 (13. KFGNov)	Art III der 3. KFGNov (Art II Z 1, Art IV)	Verwendungspflicht für Lenker und beförderte Personen, die einen (auch freiwillig) mit SG ausgerüsteten Sitz benutzen.
1. 10. 1994	BG ausgegeben am 23. 8. 1994 BGBl 1994/654 (17. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 5, Art III)	Weitere Ausnahmen von der Ausrüstungsverpflichtung. <sup>5)</sup>
1. 10. 1997	BG ausgegeben am 19. 8. 1997 BGBl I 1997/103 (19. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 11, Art III, Art V)	Änderung der Ausnahmen von der Ausrüstungsverpflichtung. <sup>5)</sup>

<sup>4)</sup> Ab 1. 10. 1994 (17. KFGNov) beschränkt bis 3.5 t höchsten zulässigen Gesamtgewicht.

<sup>5)</sup> Schon seit der Stamfassung des KFG gilt dies nicht für Fahrzeuge, die vor dem 1. 1. 1968 zum Verkehr zugelassen worden sind und für Heeresfahrzeuge, ab der 7. KFGNov auch nicht für Sitze, die nicht quer zur Fahrtrichtung oder nicht mit Blickrichtung in diese angeordnet sind und auch nicht für nur zur gelegentlichen Benützung bestimmte umklappbare Notsitze. Ab der 17. KFGNov gilt dies auch nicht für Feuerwehrfahrzeuge, für nur zur gelegentlichen Benützung bestimmte umklappbare Notsitze dann nicht, wenn sie nicht mit Verankerungspunkten für SG ausgestattet sind. Ab der 19. KFGNov unterliegen der Ausrüstungsverpflichtung auch jene Sitze, die nicht mit Blickrichtung in Fahrtrichtung angeordnet sind, außer bei Typen- oder Einzelgenehmigung vor dem 1. 10. 1997.

<sup>6)</sup> Gilt nicht auf Landflächen ohne öffentlichen Verkehr; bei ganz geringer Gefahr, wie etwa beim Einparken, langsamen Rückwärtsfahren oder bei besonderer Verkehrslage, die den Nichtgebrauch des SG rechtfertigt; bei Unmöglichkeit des bestimmungsgemäßen Gebrauchs wegen Körpergröße oder schwerster körperlicher Beeinträchtigung; bei Einsatzfahrzeugen und Fahrzeugen des öffentlichen Sicherheitsdienstes, wenn der Gebrauch des SG mit dem Zweck der Fahrt unvereinbar ist; für Taxilenker bei gewerbsmäßiger Beförderung eines Fahrgastes; für Fahrlehrer auf Fahrschulfahrten bis zum 1. 7. 1984 (11. StVONov).

<b>Lastkraftwagen bis 3.5 t</b>			
Datum des Inkrafttretens	BG vom Datum BGBl Nr (Kurztitel)	genaue Fundstelle	Inhalt
1. 7. 1974	BG vom 3. 5. 1974 BGBl 1974/286 (2. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 2, Art II Abs 2, Art III)	Ausrüstungsverpflichtung mit SG für jeden an eine äußere seitliche Längswand des Fahrzeuges angrenzenden unmittelbar hinter der Windschutzscheibe gelegenen Sitzplatz; gilt nicht, wenn vor dem 1. 10. 1975 zum Verkehr zugelassen; diverse Ausnahmen. <sup>5)</sup>
15. 7. 1976	BG vom 7. 7. 1976 BGBl 1976/352 (3. KFGNov)	Art III, Art IV	Verwendungspflicht für Lenker und beförderte Personen, die einen nach kraftfahrrechtlicher Anordnung mit SG ausgerüsteten Sitz benutzen; diverse Ausnahmen; <sup>6)</sup> Sanktionen nur zivilrechtlicher Natur.
1. 1. 1984	BG vom 30. 11. 1982 BGBl 1982/631 (7. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 3 und Z 4, Art II Abs 7, Art III Abs 4)	Ausrüstungsverpflichtung für jeden Sitzplatz, wenn Typen- oder Einzelgenehmigung nach dem 31. 12. 1982; Erweiterung der Ausnahmen. <sup>5)</sup>
1. 7. 1984	BG vom 13. 6. 1984 BGBl 1984/253 (BG, mit dem die 3. und 4. KFGNov geändert werden)	Art III Abs 2 ff der 3. KFGNov (Art I, Art IV)	Verwendungspflicht für Benutzer von Sitzplätzen in Kfz mit ausländischem Kennzeichen; ab nun auch verwaltungsstrafrechtliche Sanktionen.
16. 7. 1988	BG vom 23. 6. 1988 BGBl 1988/375 (12. KFGNov)	Art II Abs 7 der 7. KFGNov (Art III Z 2, Art V)	Erstzulassung ab dem 1. 1. 1989 nur mehr bei Ausrüstung jedes Sitzplatzes mit SG.
28. 7. 1990	BG vom 4. 7. 1990 BGBl 1990/458 (13. KFGNov)	Art III der 3. KFGNov (Art II Z 1, Art IV)	Verwendungspflicht für Lenker und beförderte Personen, die einen (auch freiwillig) mit SG ausgerüsteten Sitz benutzen.
1. 10. 1994	BG ausgegeben am 23. 8. 1994 BGBl 1994/654 (17. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 5, Art III)	Weitere Ausnahmen von der Ausrüstungsverpflichtung. <sup>5)</sup>
1. 10. 1997	BG ausgegeben am 19. 8. 1997 BGBl I 1997/103 (19. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 11, Art III, Art V)	Änderung der Ausnahmen von der Ausrüstungsverpflichtung. <sup>5)</sup>

<b>Spezialkraftwagen bis 3.5 t<sup>7)</sup></b>			
Datum des Inkrafttretens	BG vom Datum BGBl Nr (Kurztitel)	genaue Fundstelle	Inhalt
1. 10. 1994	BG ausgegeben am 23. 8. 1994 BGBl 1994/654 (17. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 5, Art II Abs 1, Art III)	Ausrüstungsverpflichtung für jeden Sitzplatz; diverse Ausnahmen. <sup>5)</sup> Gilt nicht, wenn Typen- oder Einzelgenehmigung vor dem 1. 10. 1994. Nachrüstungsverpflichtung für Sitze der vordersten Reihe bis 31. 12. 1994, sofern Verankerungspunkte für SG vorhanden sind.
1. 10. 1997	BG ausgegeben am 19. 8. 1997 BGBl I 1997/103 (19. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 11, Art III, Art V)	Änderung der Ausnahmen von der Ausrüstungsverpflichtung. <sup>5)</sup>

<sup>7)</sup> Die Verwendungspflicht ergibt sich aus der 3. KFGNov idF BGBl 1990/458.

<b>Omnibusse<sup>7)</sup></b>			
Datum des Inkrafttretens	BG vom Datum BGBl Nr (Kurztitel)	genaue Fundstelle	Inhalt
1. 10. 1997	BG ausgegeben am 19. 8. 1997 BGBl I 1997/103 (19. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 11, Art III, Art V)	Klasse M2 > 3.5 t und M3: ab 1. 10. 1997 Ausrüstungsverpflichtung für jeden Sitzplatz; diverse Ausnahmen. <sup>9)</sup> Gilt nicht, wenn Typen- oder Einzelgenehmigung schon vor dem 1. 10. 1997; dann allerdings auch keine erstmalige Zulassung mehr nach dem 30. 9. 1999.
1. 10. 1999	BG ausgegeben am 19. 8. 1997 BGBl I 1997/103 (19. KFGNov)	§ 4 Abs 5 (Art I Z 11, Art III, Art V)	Klasse M2 ≤ 3.5 t: ab 1. 10. 1999 Ausrüstungsverpflichtung für jeden Sitzplatz; diverse Ausnahmen. <sup>9)</sup> Gilt nicht, wenn Typen- oder Einzelgenehmigung schon vor dem 1. 10. 1999; dann allerdings auch keine erstmalige Zulassung mehr nach dem 30. 9. 2001.

Aus Sicht der Verkehrssicherheit darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Kindersitzpflicht (§ 106 Abs 1 a bis 1 d KFG) unmittelbar an die Ausstattung mit Sicherheitsgurten anknüpft.<sup>8)</sup>

Insgesamt veranschaulichen die Tabellen eine stete Entwicklung in Richtung eines geschlossenen Systems von Ausrüstungsbestimmungen in allen

<sup>8)</sup> Dazu ausführlicher *Schrammel/Kaltenegger/Franzl*, Gu(r)te Fahrt – die Sicherheitsreserve, ZVR 1998, 140 P 2.2.

Kraftwagen, wobei vor allem im Bereich der LKW (mit mehr als 3.5 t höchsten zulässigen Gesamtgewicht) und im Bereich der Omnibusse, dort insb im Kraftfahrlinienverkehr, nach wie vor Lücken vorhanden sind.<sup>9)</sup>

<sup>9)</sup> Zu den positiven Auswirkungen aller einschlägigen gesetzlichen Maßnahmen auf die Verkehrsunfallstatistik s *Schrammel/Kaltenegger/Franzl*, Gu(r)te Fahrt – die Sicherheitsreserve, ZVR 1998, 138.